



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Jahresbericht 2011



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Inhaltsverzeichnis

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag Jahresbericht 2011	4
Übersicht pro Partnerland	6
Ausblick	10
Nächste Bilanz bereits Mitte Juni 2012	10
Projekte unter der Lupe	11

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag Jahresbericht 2011

Der Genehmigungsprozess für die Projekte im Rahmen des Erweiterungsbeitrags zugunsten der neuen EU-Mitgliedstaaten verlief zufriedenstellend. Die Anzahl der definitiv genehmigten Projekte verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr. Zahlreiche Projekte, die in den Vorjahren bewilligt worden sind, konnten weiter planmässig umgesetzt werden.

Mit dem Erweiterungsbeitrag beteiligt sich die Schweiz am Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (EU). Der Erweiterungsbeitrag zugunsten der zehn Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind («EU-10»), ist mit 1 Milliarde Franken ausgestattet. Der Beitrag zugunsten von Bulgarien und Rumänien, die seit 2007 Mitglieder der EU sind, beläuft sich auf 257 Millionen Franken.

In den «EU-10» konnten bis Ende 2011 weitere Fortschritte im Genehmigungsprozess erzielt werden. Die Schweiz hat insgesamt **144 Projekte im Umfang von 694 Millionen Franken definitiv bewilligt**. Zusätzlich wurden **72 Projektideen in der Höhe von 268 Millionen Franken gutgeheissen**. Die Umsetzung der bereits genehmigten Projekte erfolgt planmässig.

Für die Programme in Bulgarien und Rumänien (257 Millionen Franken) sind bis Ende 2011 53% vorläufig oder definitiv verpflichtet worden. Dazu gehören 11 sogenannte Thematische Fonds sowie erste Einzelprojekte.



Zweistufiges Projektgenehmigungsverfahren

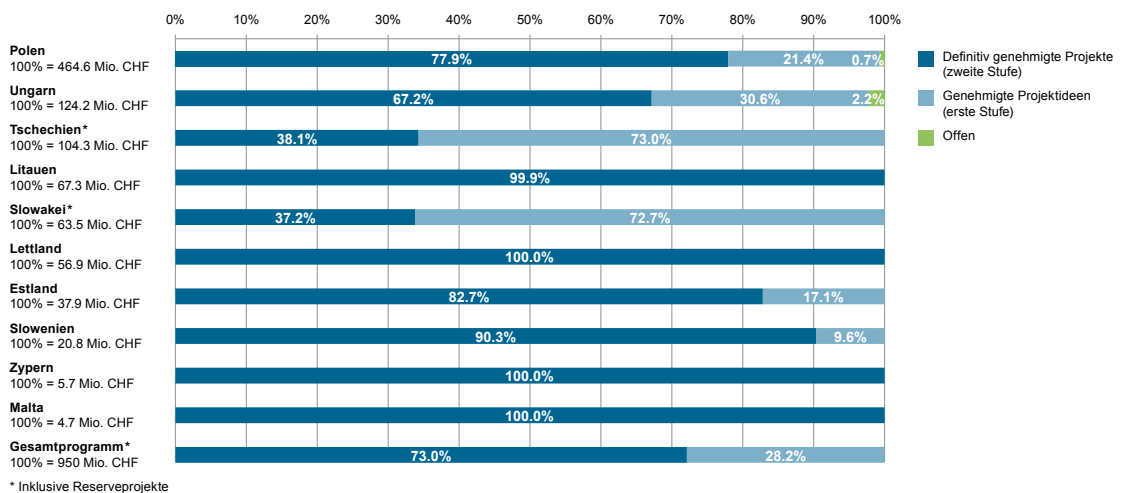
Die Entscheidungsgremien von DEZA und SECO prüfen die Finanzierungsgesuche in einem zweistufigen Verfahren: Erst wenn die Projektidee genehmigt ist (erste Stufe), darf der Gesuchsteller den detaillierten Projektvorschlag ausarbeiten und zur Genehmigung vorlegen (zweite Stufe). Dieses Verfahren hat einerseits Vorteile für die Qualität der Projekte, denn nach der ersten Stufe werden Vorgaben für die weiteren Arbeiten gemacht. Andererseits hat es den Vorteil, dass sich die Projektvorbereitungskosten für diejenigen Antragsteller, deren Projekte abgelehnt werden, in Grenzen halten.



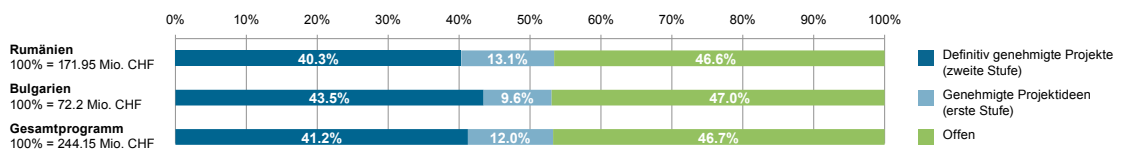
Mittelverteilung und Stand des Projektgenehmigungsverfahrens in den «EU-10»

Für die Projektfinanzierung stehen jeweils 95% des Erweiterungsbeitrags zur Verfügung. Die restlichen fünf Prozent decken die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite ab. Die Gesamtsumme des Projektportfolios für die «EU-10» beläuft sich deshalb auf 950 Millionen Franken. Davon sind bis Ende 2011 mehr als 100% gesprochen worden: 73% für definitiv genehmigte Projekte, 28% für Projektideen. Unter den vorläufig genehmigten Projektideen befinden sich auch Reserveprojekte in Tschechien und in der Slowakei, die nicht alle definitiv genehmigt werden.

EU-10 Mittelverteilung und Stand des zweistufigen Projektgenehmigungsprozesses pro Land (Stand Ende Dezember 2011)



Rumänien und Bulgarien Mittelverteilung und Stand des zweistufigen Projektgenehmigungsprozesses pro Land (Stand Ende Dezember 2011)



Übersicht pro Partnerland

In den nachfolgenden Textkästen können Sie die im 2011 erzielten Fortschritte für die neuen zehn EU-Mitgliedstaaten einzeln nachlesen.



In **Polen** konnten bis Ende 2011 neun Infrastrukturprojekte im Umfang von 109 Millionen Franken definitiv genehmigt werden. Der Schwerpunkt liegt im Bereich des Abfallmanagements auf Gemeindeebene, in der Verbesserung der Energieeffizienz und in der Sicherheit des öffentlichen Regional- und Lokalverkehrs. Im Privatsektorbereich wurde 2011 ein Projekt genehmigt, mit dem die unternehmerische Sozialverantwortung gefördert wird. Auch wurden zehn Projekte zur Förderung ländlicher Regionen in Polen über insgesamt 48 Millionen Schweizer Franken sowie ein Projekt im Sicherheitsbereich über 5 Millionen Franken definitiv genehmigt.



In **Ungarn** konnten im Bereich Förderung der Privatwirtschaft zwei kleinere Projekte mit dem Schwerpunkt Tourismusförderung definitiv bewilligt werden. Des Weiteren konnte die Schweiz 2011 zwei Regionalentwicklungsprojekte definitiv genehmigen. Diese Projekte sollen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen Arbeitsplätze und damit Perspektiven schaffen. 12 Projektvorhaben in den Bereichen Biodiversität, Hochwasserschutz, Gesundheit und Sicherheit wurden 2011 zudem provisorisch bewilligt. Gleichzeitig befinden sich mehrere Projekte in den Bereichen Infrastruktur und Forschung in Umsetzung und die Schweiz konnte erste Zwischenberichte zu den Projektfortschritten prüfen. In der Forschung tragen ein Stipendienfonds sowie ungarisch-schweizerische Forschungsprojekte zur Förderung des Forschungsstandorts Ungarn bei. Ausserdem konnten weitere Projekte im Rahmen des Partnerschaftsfonds ausgewählt werden, bei denen auch Schweizer Fachwissen zum Zuge kommt.



In **Tschechien** wurde ein Projekt zur Umsetzung der schweizerisch-tschechischen Zusammenarbeit im Bereich der primären und sekundären Gesundheitspflege von älteren und benachteiligten Menschen bzw. Langzeitpatienten mit 11,2 Millionen Franken mitfinanziert. Ein Projekt zur besseren Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern in Gerichten und Strafverfolgungsbehörden wurde mit 1,4 Millionen Franken unterstützt. Des Weiteren wurden elf Projekte im Bereich der Förderung der regionalen Entwicklung im sozialen Bereich (insbesondere der Renovation von Pflegeheimen) sowie neun Projekte im Bereich der Stärkung der Polizei und zwei Projekte im Bereich des Katastrophenmanagements 2011 provisorisch bewilligt.



In **Litauen** wurden 45,6 Millionen Franken für ein Programm zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern in Litauen gesprochen. Durch dieses Projekt wird in über zwanzig Spitälern landesweit einerseits die entsprechende Ausrüstung verbessert sowie die Energieeffizienz in den Gebäuden erhöht. Ein Programm zur Förderung der Forschung und Entwicklung im Umfang von neun Millionen Schweizer Franken wurde 2011 definitiv bewilligt. Mit diesen litauisch-schweizerischen Forschungsprojekten soll das vorhandene wissenschaftliche Potential aktiviert und gleichzeitig die angewandte Forschung in Litauen gefördert werden. Ebenfalls definitiv bewilligt wurde ein Fonds über 6,5 Millionen Franken zur Förderung der Zivilgesellschaft. Damit sind Ende 2011 in Litauen alle Projekte definitiv genehmigt worden.



In der **Slowakei** wurden ein Projekt im Bereich der Förderung der Berufsbildung mit knapp 3,9 Millionen Franken und zwei Projekte im Bereich Natur- und Waldschutz mit insgesamt über vier Millionen Franken unterstützt. Sechs Projekte zur Förderung der regionalen Entwicklung im Sozial- und im Tourismusbereich sowie zwei Projekte zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und ein Projekt zur Bewältigung vor Naturkatastrophen werden mit insgesamt 16,8 Millionen Franken mitfinanziert.

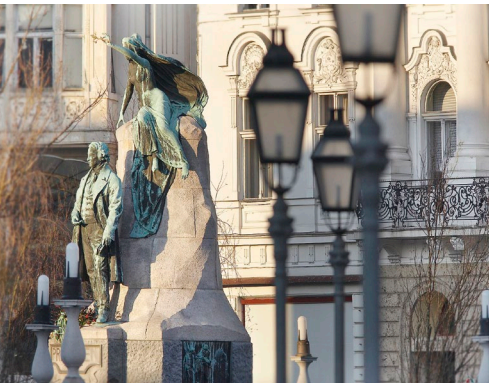




In **Lettland** konnten alle Projekte definitiv genehmigt werden. Im Bereich Infrastruktur und Umwelt wurde 2011 ein Projekt im Umfang von 13 Millionen Franken zur Verbesserung der Wasserqualität und Sanierung des verunreinigten Gebiets im Industriehafen Rigas genehmigt. Ein Mikrokreditprogramm im Umfang von 7,5 Millionen Franken trägt zur Förderung der lettischen Privatwirtschaft bei. Ein bei der einheimischen Bevölkerung beliebtes Projekt, welches 2011 bereits abgeschlossen werden konnte, lieferte insgesamt 110 neue Busse an lettische Gemeinden und leistet damit einen gewichtigen Beitrag zum verbesserten Transport von Schulkindern.



In **Estland** finanziert die Schweiz ein Infrastrukturprojekt im Umfang von 8,5 Millionen Franken. Dank diesem Projekt können die estnischen Behörden künftig Wasser- und Luftqualität sowie die radioaktive Strahlung besser überwachen und Naturgefahren lokalisieren. Mit der Finanzierung zweier aufeinander abgestimmter Projekte in der Höhe von 3,3 Millionen Franken trägt die Schweiz zur technologischen Optimierung der Einsatzzentralen und Rettungsdienste in Estland bei. Ebenfalls in der Umsetzungsphase befindet sich ein Projekt zum Bau neuer Kinderheime, das von der Schweiz mit 5,6 Millionen Schweizer Franken unterstützt wird.



In **Slowenien** wurden bereits vor 2011 die meisten Projekte definitiv bewilligt und befinden sich nun in der Umsetzungsphase.



In **Zypern** wurden bis Ende 2011 alle Projekte definitiv verpflichtet. Im Bereich der Berufsbildung ist ein Projekt in Zusammenarbeit mit einem Schweizer Partner in Umsetzung. Ein Projekt zum Schutz der maritimen Ökosysteme wurde anfangs 2012 zurückgezogen und musste durch ein neues Projekt ersetzt werden. Dieses Projekt zum Neubau einer zeitgemässen Schlammkläranlage wird im Frühling 2012 definitiv bewilligt.

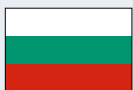




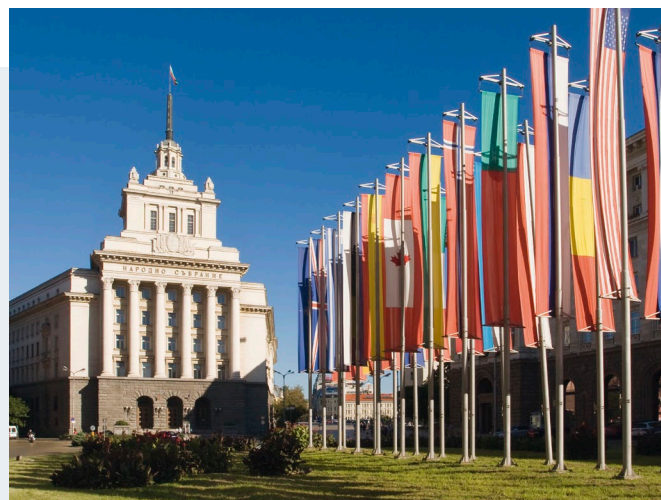
In **Malta** befinden sich sämtliche Projekte bereits seit 2010 in der Umsetzungsphase.



In **Rumänien** sind sechs der sieben vorgesehenen Thematischen Fonds genehmigt und mittels Abkommen mit dem rumänischen Finanzministerium formell in Kraft gesetzt worden. Die entsprechenden «Swiss Intermediate Bodies» (Fonds-Verwalter) haben ihre Arbeit aufgenommen und die Konkretisierung der einzelnen Fonds zusammen mit ihren rumänischen Partnern lanciert. Die Vorbereitungsarbeiten für das grosse Energiestadtprogramm, das die technische und fachliche Unterstützung für vier Städte bei der Erreichung des Energiestadt-Labels vorsieht, wurden 2011 genehmigt und begonnen. Die Projektskizze für die Modernisierung des Metrosystems in Bukarest wurde ebenfalls genehmigt.



In **Bulgarien** sind fünf der sechs vorgesehenen Thematischen Fonds genehmigt und mittels Abkommen mit dem bulgarischen Ministerium zur Verwaltung von EU-Fonds formell in Kraft gesetzt worden. Die Konkretisierung der einzelnen Fonds durch die «Swiss Intermediate Bodies» (Fonds-Verwalter) und ihren einheimischen Partnern hat auch in Bulgarien begonnen. Das Abkommen zur Projektvorbereitung wurde im März 2011 unterzeichnet. Diese Unterstützungsleistung dient der qualitativ und technisch anspruchsvollen Ausarbeitung der definitiven Projektgesuche. Sie ist ein wichtiger Bestandteil im Genehmigungsprozess für die Projekte im Bereich der Infrastrukturfinanzierung sowie Privatsektorförderung. Ausserdem konnten die ersten Projekte im Bereich Sicherheit bereits genehmigt werden.



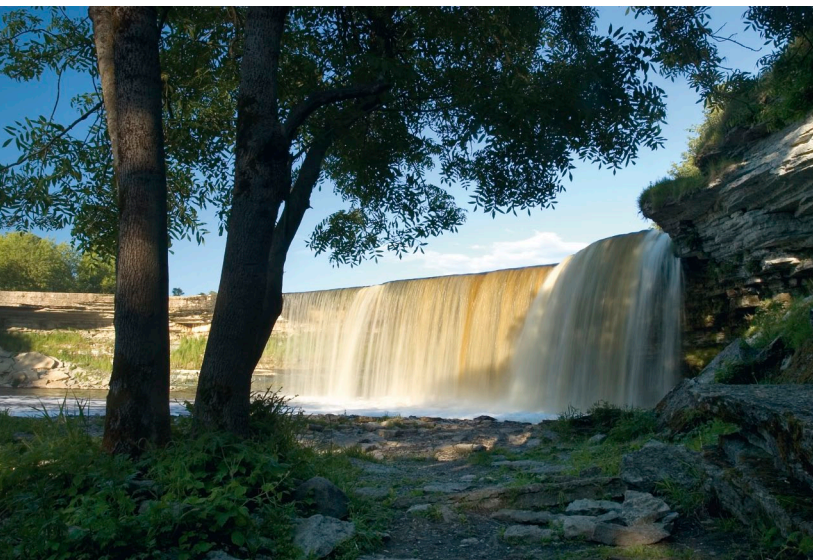


Ausblick

Am 14. Juni 2012 endet die Verpflichtungsperiode für den Erweiterungsbeitrag zugunsten der «EU-10». Bis dann steht noch die Genehmigung von weiteren 76 Projekten an. SECO und DEZA sind zuversichtlich, dieses Ziel fristgerecht zu erreichen.

Nächste Bilanz bereits Mitte Juni 2012

Nach Ende der Verpflichtungsperiode werden die zuständigen Behörden in der Schweiz und in den Partnerstaaten über alle genehmigten Projekte informieren. Es ist vorgesehen, eine erste Bilanz im Juni und eine erweiterte Bilanz im Herbst 2012 zu veröffentlichen.



Projekte unter der Lupe auf www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Die Auswahl von diversen Projekten stellt beispielhaft den Schweizer Beitrag an die zwölf Partnerländer dar.

The screenshot shows a web interface with a navigation bar at the top containing tabs: 'Aktuell', 'Länder', 'Themen', 'Projekte', 'Auswahlverfahren', and 'Der Erweiterungsbeitrag'. A green arrow points to the 'Projekte' tab. Below the navigation bar, there is a breadcrumb trail: 'Home > Projekte > Projekte unter der Lupe > Entsorgung giftiger Abfälle in Polen'. A second green arrow points to the 'Entsorgung giftiger Abfälle in Polen' link in the left sidebar. The main content area features a title 'Gesundheitsrisiko Asbest: Eine Herausforderung für Polen' and a photograph of a large pile of waste behind a metal fence. To the right of the main text is a sidebar with various project details.

Aktuell	Länder	Themen	Projekte	Auswahlverfahren	Der Erweiterungsbeitrag
<p>Projekte unter der Lupe</p> <ul style="list-style-type: none"> Moderne Rettungsdienste für Estland Entsorgung giftiger Abfälle in Polen Gesundheitsprojekt Malta Regionalentwicklungsprojekt Lettland Wasserversorgung in Ungarn Gesundheitsprojekt Litauen Unterstützung der Zivilgesellschaft auf Zypern Biodiversitätsprojekt in Polen <p>Geplante Projekte</p> <p>Besuchen Sie für länderspezifische Informationen unsere lokalen Erweiterungsbüro-Sites:</p> <p>Auswahl <input type="text"/> <input type="button" value="Go"/></p> <p>Zuständige Bundestellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) Integrationsbüro (EDA/EVD) 					
<p>Home > Projekte > Projekte unter der Lupe > Entsorgung giftiger Abfälle in Polen</p> <p>Seite als Link versenden Druckversion</p> <p>Asbestentsorgung in der Woiwodschaft (polnischer Verwaltungsbezirk) Lublin</p> <h2>Gesundheitsrisiko Asbest: Eine Herausforderung für Polen</h2>  <p>Das Projekt in Kürze</p> <p>Thema Abfallentsorgung</p> <p>Land / Region Polen</p> <p>Ausgangslage / Hintergrundinformation Polen gehört zu den Ländern, in denen Asbest insbesondere in der Bauindustrie häufig zum Einsatz kam. Heute weiss man, dass Asbeststaub in der Luft krebserregend ist. Die Woiwodschaft Lublin muss rund zwei Millionen Tonnen Asbest entsorgen, um die Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken zu schützen.</p> <p>Projektziel Dank Gebäudesanierungen und der Einführung eines Entsorgungssystems sollen die gesundheitlichen Gefahren, die von Asbestfasern ausgehen, reduziert werden. Die Lebensbedingungen in Lublin werden verbessert.</p> <p>Aktivitäten Ein Asbestentsorgungssystem wird eingeführt, asbesthaltige Abfälle werden aus illegalen Deponien entfernt und 6'600 kontaminierte Hausdächer saniert</p> <p>Zielgruppen Die Woiwodschaft Lublin und deren 2.2 Millionen Einwohner</p> <p>Kosten Gesamtprojektbudget: CHF 15,55 Mio. Höhe des Schweizer Beitrags: CHF 13,22 Mio.</p> <p>Verantwortung für die Projektumsetzung Woiwodschaft Lublin</p> <p>Dauer 2011-2016</p> <p>Kontakt warsawlat@sdcc.net</p> <p>Asbest war wegen seiner hervorragenden Eigenschaften als Baustoff sehr geschätzt, bis die Gesundheitsrisiken von asbesthaltigem Staub bekannt wurden. Die Schweiz unterstützt Polen dabei, in der Woiwodschaft Lublin ein System zur Überwachung und Entsorgung von Asbest einzuführen, asbesthaltige Abfälle aus illegalen Deponien zu entfernen und 6'600 Hausdächer zu sanieren.</p> <p>Asbest ist die Bezeichnung für eine Gruppe natürlich vorkommender, faserförmiger Silikat-Mineralen. Da Asbest zugfest, hitze- und säurebeständig ist, hervorragend isoliert und wenig kostet, wurde es in Polen insbesondere für die Herstellung von Asbestzementprodukten in der Bauindustrie oft verwendet. Heute ist bekannt, dass Asbestfasern, die beispielsweise bei Renovationen, Abrieb oder Verwitterung freigesetzt und eingeatmet werden, gesundheitsschädlich sind. Bereits geringe Konzentrationen von Asbeststaub in der Luft können krebserregend sein. Bis 2032 will Polen daher mit Asbest kontaminierte Materialien entsorgen.</p> <p>Neues Asbestmanagementsystem in der Woiwodschaft Lublin</p> <p>Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags unterstützt die Schweiz mit 13,2 Millionen Franken die Woiwodschaft Lublin bei der Asbestentsorgung. Sie verbessert damit die Lebensbedingungen und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung Lublins, wo noch besonders viel asbesthaltige Bausubstanz vorhanden ist.</p> <p>Um sicherzustellen, dass Asbest sachgerecht entsorgt wird, werden ein regionales und drei kleine lokale Büros aufgebaut. Diese sind dafür verantwortlich, asbesthaltige Materialien zu identifizieren und zu überwachen, bis sie neutralisiert sind. In den vergangenen Jahren wurden häufig asbesthaltige Materialien auf illegalen Müllhalde</p>					

Weitere «Projekte unter der Lupe» und andere Informationen über den Schweizer Erweiterungsbeitrag finden Sie unter: www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Mark Manion, Communication Arts

Fotos:

Stane Jersic / Barbara Jersic, www.viewingmalta.com, Presse und Informationsbüro der Republik Zypern, dreamstime

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130

3003 Bern

Telefon: +41 31 322 68 46

swiss-contribution@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36

3003 Bern

Telefon: +41 31 322 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, März 2012